

**Nr. 17/1460**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Bremer Autobahnring menschengerecht planen und zügig schließen  
Antrag der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Bernd Richter, Dr. Oliver Möhlenstädt (FDP)  
vom 8. November 2010  
(Drucksache 17/1516)
2. Autobahn 281 – Sofortiger Weiterbau des Torsos im planfestgestellten Bereich Neuenlander Straße und Durchführung eines Moratoriums  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 30. November 2010  
(Drucksache 17/1553)
3. Umsetzungsstand der Bremer Schulreform  
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. Februar 2011  
(Drucksache 17/1644)
4. Notwendigkeit der Weservertiefung? Schiffsverkehr auf Unter- und Außenweser  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 16. Februar 2011  
(Drucksache 17/1655)

**Nr. 17/1461**

**Regierungserklärung des Senats zum Thema „Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen“**

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats zum Thema „Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen“ Kenntnis.

**Nr. 17/1462**

**Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung**

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011  
(Drucksache 17/1714)

1. Lesung

D a z u

**Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen**

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011  
(Drucksache 17/1715)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## Nr. 17/1463

### **Abschluss der Verwaltungsvereinbarung: Chance und Herausforderung zur finanziellen Zukunftssicherung des Landes**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 5. April 2011  
(Drucksache 17/1731)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Ergebnisse der Verhandlungen über die Verwaltungsvereinbarung und fordert den Senat auf, sie zu unterzeichnen. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zu dem in ihr enthaltenen Regelwerk, das die Einzelheiten der Gewährung der Konsolidierungshilfen umfasst. In der Umsetzung der Vereinbarung im kommenden Jahrzehnt sieht sie für Bremen eine Chance und Herausforderung zur finanziellen Zukunftssicherung des Landes.
2. Mit den Entscheidungen für die Haushalte 2011 und die Finanzplanung bis 2014 sind die Weichen für den Einstieg des Konsolidierungspfades des Landes und der Stadtgemeinde sowie der Stadt Bremerhaven gestellt worden. Die weitere Gestaltung des Konsolidierungsweges für das kommende Jahrzehnt ist eine große Herausforderung, dessen Erfolg für die finanzielle Zukunftssicherung der Selbstständigkeit des Stadtstaates entscheidend ist.
3. Eine erfolgreiche Konsolidierung braucht Rahmenbedingungen, die die bremischen Eigenanstrengungen zum Haushaltsdefizitabbau fördern und nicht behindern. Die Bürgerschaft (Landtag) betont, dass neben der gerechten Finanzausstattung der Länder und Kommunen die Stabilität auf der Einnahmenseite und die Ausweitung der Einnahmemöglichkeiten eine sehr hohe Bedeutung zukommt. Die Bürgerschaft (Landtag) verfolgt weiterhin das Ziel, alle vertretbaren landes- und kommunalpolitischen Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung auszuschöpfen.
4. Die Steuerpolitik der Bundesregierung hat die Fähigkeit von Bund, Länder und Kommunen zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik stark beeinträchtigt. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Hinblick auf die Stabilisierung der Einnahmen im Bundesrat keinen Gesetzen zuzustimmen, die zu wesentlichen Mehrbelastungen oder Mindereinnahmen für die Länder und Kommunen führen; vielmehr soll der Senat darauf hinwirken, dass Länder und Kommunen wieder eine aufgabenadäquate Finanzausstattung erhalten. Insbesondere die Bezieher hoher Einkommen und Vermögende müssen in Zukunft wieder einen höheren Beitrag leisten.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass der Abbau des Finanzierungsdefizits weitere Anstrengungen auf der Ausgabenseite erfordert. Dies ist ein äußerst anspruchsvolles Ziel, da die im Rahmen der Föderalismus-Kommission II durchgeführte Haushaltsanalyse gezeigt hat, dass Bremen bei fast allen Ausgabenblöcken bereits unter dem Durchschnitt der anderen Stadtstaaten liegt. Dieses Ziel ist, wie von Bund und Ländern anerkannt, nur Schritt für Schritt zu erreichen. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass Bremen seit Jahren und noch für Jahre aufgrund der vom Bundesverfassungsgericht mehrfach anerkannten unverschuldeten Haushaltsnotlage nicht in der Lage ist, die Kreditaufnahme auf die Summe der Investitionen zu begrenzen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass auch bei einer erfolgreichen Einhaltung des Konsolidierungspfades eine wirklich nachhaltige Verbesserung der finanziellen Lage Bremens und Bremerhavens nur dann erreicht werden kann, wenn die aufgelaufenen Altschulden getilgt werden. Das kann das Land Bremen nicht aus eigener Kraft erreichen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat daher auf, sich im Rahmen der für 2019 anstehenden Neuregelung des Finanzausgleichs für eine bundesstaatliche solidarische Lösung für die aufgelaufenen Altschulden der Bundesländer einzusetzen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Entscheidung des Senats, die Bremer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht als erledigt zu erklären, wie dies in den Beschlüssen der Föderalismusreform II verabredet worden ist. Für die Bürgerschaft (Landtag) bedeutet diese Entscheidung jedoch nicht, dass Bremen seine verfassungsgemäßen Ansprüche aufgibt. Sollten die Rahmenbedingungen grundlegend geändert werden – etwa durch ein Aufkündigen des Länderfinanzausgleichs oder eine massive Steuersenkungspolitik –, unterstützt die Bürgerschaft (Landtag) die Absicht des Senats, gegebenenfalls erneut eine Klage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen.

## **Nr. 17/1464**

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

## **Nr. 17/1465**

### **Fragestunde**

1. Muslimische Kinder und Jugendliche in der Schule  
Anfrage der Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2011

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

2. Neues Zulassungssystem für Studienplatzbewerbungen  
Anfrage der Abgeordneten Silke Allers, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2011

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

3. Zeitarbeit im öffentlichen Dienst  
Anfrage des Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt und Gruppe der FDP vom 23. Februar 2011

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

4. Anonymisierte Bewerbungsverfahren in Bremen erproben  
Anfrage der Abgeordneten Manuela Mahnke, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. Februar 2011

5. Wechsel von Referendaren/Referendarinnen aus anderen Bundesländern  
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. Februar 2011

6. Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport  
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Mustafa Öztürk, Doris Hoch, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Februar 2011

7. Nutzung sozialer Netzwerke durch die Polizei  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 24. Februar 2011

8. Rechts- und Linksextremismus  
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2011

9. Auswirkungen der Hartz-IV-Reform  
Anfrage der Abgeordneten Michael Bartels, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2011

10. Einsatz von Anti-Schummel-Software an Bremer Hochschulen  
Anfrage der Abgeordneten Mark Ella, Dr. Oliver Möllenstädt und Gruppe der FDP vom 1. März 2011

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Training mit Lichtpunktgewehren für Grundschüler?  
Anfrage der Abgeordneten Thomas Ehmke, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 4. März 2011

## 12. Barrierefrei Wohnen in Bremen und Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Jägers, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. März 2011

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

### **Nr. 17/1466**

#### **Netzausbau vorantreiben**

Antrag der Gruppe der FDP  
vom 16. März 2011  
(Drucksache 17/1695)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 17/1467**

#### **Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 17. März 2011  
(Drucksache 17/1697)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 17/1468**

#### **Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 1. April 2011  
(Drucksache 17/1726)

Die Bürgerschaft (Landtag) drückt im Namen aller Bremerinnen und Bremer dem japanischen Volk ihr zutiefst empfundenes Mitgefühl aus. Die Bürgerschaft (Landtag) zollt den Helferinnen und Helfern, die unter schwierigsten Bedingungen im Katastrophengebiet arbeiten, ihre Hochachtung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, dass alle sieben ältesten Atomkraftwerke (AKW) und das AKW Krümmel sofort und endgültig vom Netz genommen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, dass unverzüglich das seit 2009 vorliegende kern-technische Regelwerk in Kraft gesetzt und eine unabhängige Überprüfung aller AKW auf dessen Grundlage durchgeführt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das sogenannte Moratorium der Laufzeitverlängerungen ab, und fordert die unverzügliche Rücknahme der ihr zugrundeliegenden 11. und 12. Atomgesetznovelle.

Die Bürgerschaft (Landtag) formuliert als Ziel, schnellstmöglich endgültig aus der Atomenergie auszusteigen, und bittet den Senat, alle rechtlichen Maßnahmen, die hierfür erforderlich sind, zu ergreifen bzw. zu unterstützen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat ferner darum, alle Maßnahmen zu ergreifen, die einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie unterstützen. Hierbei ist insbesondere die Einführung von verbindlichen Sicherheitsstandards nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zentral. Dazu gehört auch die Unterstützung der Forderung nach sofortiger Abschaltung der gefährlichsten Anlagen in Erdbebengebieten, der besonders störanfälligen Anlagen und der Anlagen ohne ausreichende Sicherheitseinrichtungen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Nutzung der Potenziale von Energieeinsparung und Energieeffizienz auch vor Ort konsequent und noch energischer vorangetrieben werden müssen. Der Senat wird gebeten, die Bemühungen insbesondere im Bereich des Ausbaus der Offshore-Windenergie, aber auch aller anderen regenerativen Energieträger noch zu verstärken.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene für eine Förderung der Entwicklung und Errichtung von Energiespeichern einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat für den Fall, dass das vom Netz gegangene AKW Esenshamm wieder ans Netz gehen sollte, vor Wiederinbetriebnahme alle Maßnahmen einzuleiten, um eine Stilllegung des AKW auf rechtllichem Wege zu erreichen und diese unverzüglich vorzubereiten. Hierbei sind insbesondere die unzureichende Sicherung gegen Flugzeugabstürze, der nicht ausreichende Hochwasserschutz, der problematische Primärkreislauf, die mangelhafte Notstromversorgung und die mangelnde Sicherheitskultur im AKW, belegt durch Bedienungs- und Kontrollfehler, rechtlich zu würdigen.

## **Nr. 17/1469**

### **Energiewende mit Augenmaß**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU  
vom 5. April 2011  
(Drucksache 17/1740)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

## **Nr. 17/1470**

### **Transport von Kernbrennstoffen über das Land Bremen verhindern**

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2011  
(Drucksache 17/1666)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 17/1471**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 17. März 2011  
(Drucksache 17/1696)  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

## **Nr. 17/1472**

### **Bremische Häfen so bald wie möglich für Kernbrennstoffe sperren**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 5. April 2011  
(Drucksache 17/1730)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt alle Initiativen zum schnellen Atomausstieg und bekräftigt ihren Willen, den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten über die Häfen in Bremerhaven und Bremen schnellstmöglich, konsequent und unter Berücksichtigung aller rechtlichen Möglichkeiten zu unterbinden.
2. Der Senat wird gebeten, in seine bereits in Auftrag gegebene externe Prüfung der Möglichkeiten, Transporte von Kernbrennstoffen über Bremer Häfen zu verhindern, auch das von der Fraktion DIE LINKE vorgelegte Gutachten und den Gesetzentwurf mit der Drucksache 17/1696 einzubeziehen.
3. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) über das Ergebnis dieser Prüfung sowie daraus resultierende Handlungsoptionen so bald wie möglich und möglichst differenziert zu berichten.

## **Nr. 17/1473**

### **Einsparungen im Kommunal- und Landeshaushalt durch arbeitsmarktpolitische Investitionen**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 24. November 2010  
(Drucksache 17/1552)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 1. März 2011**

(Drucksache 17/1679)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 17/1474**

### **Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Arbeitsmarktpolitik stärken**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 14. März 2011  
(Drucksache 17/1689)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat zu prüfen, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen sich die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante (AGH-E) für Bremen und Bremerhaven durch die Reduzierung der Kosten der Unterkunft (KdU) fiskalisch neutral bzw. positiv auswirken würde.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darzulegen, wie er die Ergebnisse dieser Prüfung bewertet, und welche Handlungsempfehlungen er daraus gegebenenfalls für Bremen und Bremerhaven ableitet.
3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) seine Ergebnisse und Handlungsempfehlungen möglichst zu der der Beschlussfassung folgenden Plenarsitzung vorzulegen.
4. Der Senat wird gebeten zu prüfen, ob über den Bundesrat mit Aussicht auf Erfolg eine Initiative mit dem Ziel eingeleitet werden kann, durch eine Verwendung der eingesparten passiven Leistungen des Bundes (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, Bundesanteil an den KdU) für geeignete Zielgruppen Mittel für sozialversicherte öffentlich geförderte Beschäftigung bereitzustellen.



